

Wider Pawlowsche Reflexe und andere Irrwege

Ein persönliches bildungspolitisches Manifest

Von Roger von Wartburg

An der Delegiertenversammlung vom 21. März 2018 wurde Roger von Wartburg einstimmig für weitere vier Jahre als LVB-Präsident gewählt. Seine zweite Amtsperiode begann mit dem neuen Schuljahr. Neben der gewerkschaftlichen Arbeit bringt sich Roger von Wartburg auch immer wieder in pädagogische und didaktische Debatten ein. Mit diesem Text legt er dar, was ihn dazu antreibt und wofür er sich (auch) in der neuen Amtsperiode einsetzen will.

«Wir sind nicht eingeweiht in die Zwecke der ewigen Weisheit und kennen sie nicht.»

Jacob Burckhardt, Historiker, 1868

«Bildungspolitische Massnahmen und Aussagen über Schule und Unterricht beruhen auf normativen Zielvorstellungen wie Weltanschauung oder Zeitgeist, Menschenbild oder Gesinnung. Sie sind nicht beweisbar, sondern nur begründbar.»

Carl Bossard, Gründungsrektor der PH Zug, 2018

Ich und der Andersdenkende

Hat der renommierte Wirtschaftshistoriker Tobias Straumann recht, wenn er die verbreitet fehlende Offenheit vermisst, mit Menschen, die eine andere Meinung vertreten, zu sprechen und konstruktiv zu streiten?¹ Trifft es zu, dass in Debatten die Bereitschaft, Andersdenkenden für deren jeweilige Positionen ebenfalls ehrenwerte Gründe zugestehen zu können und sie daher nicht zwangsläufig *das Böse schlechthin* repräsentieren müssen, tendenziell abnimmt? Entspricht die Wahrnehmung, wonach viele Diskutanten gar nicht im eigentlichen Sinne argumentieren, sondern sich im Reziproduzieren von Schlagwörtern und Slogans erschöpfen, der Realität?

Diese Thematik treibt mich seit einiger Zeit um, weil ich Anzeichen dafür zu erkennen glaube, wie schwierig es ist, dem Mainstream respektive Zeitgeist zuwiderlaufende Positionen und Überzeugungen zu formulieren – auch wenn diese argumentativ sauber aufgebaut sind! –, ohne Gefahr zu laufen, als Folge davon willkürlich auf einer unangebrachten persönlichen Ebene an-

gegriffen und diskreditiert zu werden. Das ist beunruhigend, zumal auch die Bildungspolitik keineswegs vor diesem Phänomen gefeit ist.

Political Correctness und moralische Überlegenheit

Hinsichtlich der Ursachen, welche der genannten Entwicklung zugrunde liegen, sind meines Erachtens sicher ein bisweilen jakobinisch anmutendes Verständnis von vermeintlicher Political Correctness sowie die Macht – oder eher: das Verheerungspotenzial (Stichwort «Shitstorm») – des Internets zu nennen. Darüber hinaus ist eine fragwürdige Verdrängungsbewegung zu beobachten: weg vom klassischen Wettstreit sachlicher Argumente und stattdessen hin zu Deutungshoheiten, die sich vorrangig auf behauptete moralische Überlegenheit und wild entschlossene Rechthaberei zu stützen scheinen – im schlimmsten Falle «untermauert» durch umstrittene «wissenschaftliche» Befunde.

Was ich einleitend geschrieben habe, bezieht sich selbstredend bei Weitem nicht allein auf «Schul-Themen». Aus-

löser meines Reflexionsprozesses, dessen in mehrfacher Hinsicht herausfordernde Verschriftlichung ich im Rahmen dieses Textes zu versuchen wage, war eine Reihe von Reportagen in der deutschen Presse, welche sich mit Geschehnissen aus dem angloamerikanischen Raum befassen. Stellvertretend gebe ich an dieser Stelle einen Artikel des FAZ-Korrespondenten Jochen Buchsteiner wieder, welcher eindrücklich und abschreckend zugleich schildert, wie an britischen Universitäten die «neue politische Korrektheit» dermassen aus dem Ruder gelaufen ist, dass zahlreiche Professoren das Grundrecht auf freie Rede und damit das Wesen der Demokratie bedroht sehen.²

Freie Rede in Gefahr

Buchsteiner beschreibt zunächst, wie der Historiker Anthony Glees auf einem Podium an der University of London von Studenten niedergebrüllt und aus dem Saal gejagt worden war. Was war vorgefallen? Einerseits hatte Glees eine durch ihre Methoden umstrittene staatliche Organisation verteidigt, welche Extremismusgefährdete Jugendliche zu deradikalisieren

Es ist schwierig, dem Mainstream respektive Zeitgeist zuwiderlaufende Positionen und Überzeugungen zu formulieren, ohne Gefahr zu laufen, als Folge davon auf einer unangebrachten persönlichen Ebene angegriffen zu werden.



FOTOLIA

beabsichtigt; andererseits hatte er kritisiert, dass der israelische Botschafter, trotz grosser Bemühungen seinerseits, aus Angst vor antiisraelischen Protesten von keiner britischen Universität mehr zu Veranstaltungen eingeladen werde. Diese Voten hatten ausgereicht, um die Podiumsdiskussion in Tumulten enden und Glees als islamophoben Rassisten beschimpfen zu lassen.

Nun könnte man womöglich einwenden, dass es überhitzte Auseinandersetzungen zwischen tendenziell konservativen Dozenten auf der einen und pointiert linken Studierenden auf der anderen Seite gerade Ende der 1960er Jahre auch schon zur Genüge gegeben habe. Buchsteiner zeigt aber auf, dass enthemmter studentischer Furor heute Intellektuelle mit ganz anderem weltanschaulichen Profil genauso treffen kann. Exemplarisch nennt er Germaine Greer, ihres Zeichens immerhin eine der bedeutendsten Feministinnen des 20. Jahrhunderts. Ihren geplanten Auftritten an den Universitäten von Cardiff und Oxford waren veritable digitale Shitstorms³ vorausgegangen: Tausende von Studenten unterschrieben Online-Petitionen, welche nichts weniger als ein Redeverbot (!) für Greer forderten.

Der Anlass für diese ausschweifenden Feindseligkeiten: Greer hatte vor Jahren geschrieben, ein Mann werde

durch eine operative Geschlechts-umänderung deswegen noch nicht zu einer Frau. In der Logik der Protestierenden ist eine derartige Haltung gegenüber Transsexuellen nicht etwa als kontrovers zu werten, sondern schlichtweg gewalttätig – und Gewalt rechtfertige Gegengewalt.

«No platform policy»

Bezeichnet wird diese sich vorrangig in den USA und Grossbritannien ausbreitende Strategie als «no platform policy»: Auftritte von Exponenten, deren Meinung nicht dem vorherrschenden Gruppendenken entspricht, werden systematisch verhindert. Die Zauberwörter hinter Protesten dieser Art lauten «safe spaces» und «vulnerability» – irgendeine Gruppe fühlt sich durch eine ihr nicht genehme Position in ihrem Wohlbefinden verletzt. Alsdann wird Beleidigtsein zu einem hochmoralischen Verhalten verkürzt und soziale Ächtung mutiert zum Volkssport.

Beleidigtsein wird zu einem hochmoralischen Verhalten verkürzt und soziale Ächtung mutiert zum Volkssport.

Auch im deutschsprachigen Europa waren in jüngerer Vergangenheit Vor-kommnisse ähnlicher Art zu beobachten. Hierfür zwei Beispiele: Im Juli

2017 versuchten aufgebrachte Studenten den FDP-Vorsitzenden Christian Lindner daran zu hindern, eine Rede an der Ruhr-Universität Bochum zu halten. Und an der ETH Zürich wurde Anfang Oktober 2017 eine geplante Veranstaltung mit dem früheren CIA-Chef David Petraeus kurzfristig abgesagt, weil eine Studentengruppe zu Aktionen dagegen aufgerufen hatte, was der betont linke «Tages-Anzeiger»-Blogger Reda El Arbi in den sozialen Medien mit den folgenden Worten quittierte: «Mundtot machen ist irgendwie kein demokratischer Akt der Auseinandersetzung und des politischen Kampfes.»

Etwas vom in diesem Kontext Verstörendsten können Mit- und Nachwelt dank YouTube ungefiltert nachvollziehen: Im November 2015 wurde auf dem Campus der amerikanischen Eliteuniversität Yale der Soziologieprofessor Nicholas Christakis von teilweise hysterischen Studentinnen umringt, bedrängt, angeschrien, übel beleidigt und vehement zum Rücktritt aufgefordert.⁴

Was war geschehen? Christakis und seine Frau Erika, ebenfalls Dozentin in Yale, hatten sich gegen neu erlassene Richtlinien für Halloween-Kostüme (sic!) eines interkulturellen Ausschusses ihrer Hochschule ausgesprochen und die Ansicht vertreten, es sei nicht Aufgabe der Universität, Leuten vor-

zuschreiben, wie sie sich zu kleiden hätten. In den Augen der Protestierenden zeugt diese Haltung von Rassismus, weil sie Kostüme rechtfertige, welche ethnische Gefühle verletzen könnten (z.B. Federschmuck oder Sombreros). 2016 haben Erika und Nicholas Christakis ihre Lehrtätigkeiten in Yale niedergelegt.

«Gewöhnliches religiöses Verhalten»

Der amerikanische Sozialpsychologe Jonathan Haidt nahm im Interview mit der NZZ Stellung zur bedrohten Redefreiheit an angloamerikanischen Hochschulen⁵ und sprach dabei von «widerspruchsfreien Räumen», in denen «jede anderslautende Meinung intolerabel geworden» sei. Er beschreibt eine «Atmosphäre der Zensur, in der der kleinste verbale Ausrutscher katastrophale Folgen zeitigen kann» und vergleicht das enorme Netzwerk aus Aufsichtsbehörden und Beschwerde-Komitees, denen jedermann reale oder vermeintliche Verfehlungen *anonym* melden kann, unverhohlen mit Stasi-Methoden. Angesprochen auf die Rolle der sozialen Medien, hält Haidt lapidar fest: «Jeder hat heute die Möglichkeit, einen Mob zu organisieren, was wiederum heisst, dass auch jeder Angst hat, von diesem Mob angegriffen zu werden.»

Den zugrunde liegenden Mechanismus in der Logik der Empörten erklärt Haidt folgendermassen: «Wenn jemand etwas sagt, das mir gegen den Strich geht, dann ist das verletzend, und wenn es verletzt, dann ist das Gewalt, und wenn es Gewalt ist, dann will es mich töten, und wenn es mich töten will, dann spricht es mir das Recht ab, zu existieren – und das können wir [...] nicht zulassen.» Haidt deutet dies als «ganz gewöhnliches religiöses [sic!] Verhalten. [...] Wir wählen etwas aus, wir kreisen darum, wir verehren es [...], vereint in einer Glaubensgemeinschaft, die dasselbe noble Ziel verfolgt.» Seine Botschaft an den Okzident wirkt alarmierend: «Das wäre ein guter Grund, eine hohe Mauer um Europa zu errichten. Gebt den angelsächsischen Ideen von «safe spaces» und «vulnerability» keine Chance!»

Wie dumpf und antiintellektuell Schmähkampagnen wie jene gegen das Ehepaar Christakis in Wirklichkeit sind, durchleuchtete der Autor Simon Urban – unter Kreierung der genialen Wortschöpfung «Mimosen-Zuchststation» – in einem fulminanten Beitrag in der «Zeit»: «Auf Inhalte, die polemisch, ironisch, zugespitzt, pointiert, spöttisch, schwarzhumorig oder provokant sind, die dem Zeitgeist entschieden widersprechen, den Mainstream konterkarieren oder einer vordergründigen Moral bewusst nicht gehorchen wollen, gibt es immer häufiger eine einzige reflexhafte Reaktion: heftigste Empörung, drastische Diskriminierungsvorwürfe und pauschale Anschuldigungen. [...] Die Tendenz zu inflationärem Beleidigtsein ist Gift für unsere Diskurskultur. Eine Gesellschaft, die es nicht schafft, in schwierigen Streitfragen miteinander im Gespräch zu bleiben, und die stattdessen mit Anschuldigungen um sich wirft, verhärtet sukzessive ihre ideologischen Fronten und erzeugt ein Klima der Feindseligkeit [...].»⁶

«Eine Gesellschaft, die es nicht schafft, in schwierigen Streitfragen miteinander im Gespräch zu bleiben, und die stattdessen mit Anschuldigungen um sich wirft, verhärtet sukzessive ihre ideologischen Fronten.»
Simon Urban

Nuancenvernichtung und Sozialinstinkt

Auch der bekannte Philosoph Peter Sloterdijk, der sich selbst als «nachdenklichen Staatsbürger, ausgestattet mit kritischen Impulsen klassisch europäischer Prägung», bezeichnet, meldete sich zu Wort: «Wer in den letzten Monaten einen Blick auf die Debattenseiten sogenannter sozialer Medien warf, konnte nicht erkennen, in welchem Ausmass sich die Enthemmung in Marsch gesetzt hat. [...] Man weiss, das erste Opfer der steigenden Polemik ist die Nuance. Wir haben es seit einer Weile mit einem bedenklichen Zug zur Nuancenvernichtung zu tun –

bedenklich vor allem deswegen, weil allgemeine Lebenserfahrung weiss, dass zwischen Gut und Böse gelegent-

«Das erste Opfer der steigenden Polemik ist die Nuance. Die Nuancenvernichtung stützt sich auf einen furchtbaren Verbündeten: das menschliche Bedürfnis, recht gehabt zu haben und zu behalten.»
Peter Sloterdijk

lich nur haarfeine Unterschiede liegen. Die Nuancenvernichtung stützt sich auf einen furchtbaren Verbündeten: das menschliche Bedürfnis, recht gehabt zu haben und zu behalten.»⁷

Für Simon Urban geht es im Kern um einen Konflikt zwischen Meinungs-, aber auch Kunstrechte auf der einen sowie dem politisch-korrechten Zeitgeist und dogmatischen Ideologien auf der anderen Seite. Dazu führt er lakonisch aus: «Es gibt Dinge, die man aushalten muss. Und zwar ohne Wenn und Aber. [...] Weltanschauungen und [...] Überzeugungen [...] sind geistige Angebote, die man befürworten oder ablehnen kann.»⁸

«Es gibt Dinge, die man aushalten muss. Weltanschauungen und Überzeugungen sind geistige Angebote, die man befürworten oder ablehnen kann.»
Simon Urban

Dumm dagegen, wenn das, was «Überzeugung» genannt wird, in Wahrheit nicht mehr ist als eine Adaptionsleistung mit Blick auf einflussreiche Meinungsmacher oder das persönliche Umfeld. In der Experimentalpsychologie ist die ausgeprägte Anpassungsneigung des Menschen – vulgo «Sozialinstinkt» – im Übrigen hinreichend erforscht und belegt.

Veränderte Debattenkultur
Die gestiegene Präsenz Instant-Beleidiger und selbsternannter Wächter

von Interpretationshoheit, Gesinnung und gutem Geschmack hat bereits tiefe Spuren in unser aller Debattenkultur hinterlassen – auch beim Autor dieser Zeilen selbst, wie er ein wenig zerknirscht bekennen muss. So beginnt heute – achten Sie bei Gelegenheit einmal darauf! – eine Vielzahl von Meinungsäusserungen fast schon automatisch mit sich präventiv rechtfertigenden, selbstrestriktiven Formulierungen wie: «Auf gar keinen Fall möchte ich den Eindruck erwecken, dass ...», «Selbstverständlich bin auch ich im Grundsatz für ...» oder «Es liegt mir vollkommen fern, ...».

Was auf den ersten Blick nach einem durchaus legitimen Mittel der inhaltlichen Differenzierung aussieht, ist es im konkreten Fall leider oft gar nicht (mehr). Vielmehr sind diese noch vor der eigentlichen Argumentation platzierten und das nachfolgende «Aber» implizit schon in sich tragenden «Eingangs-Puffer» für uns so alltäglich geworden, dass wir gar nicht mehr bemerken, wie traurig deren Notwendigkeit in Wahrheit ist: Weil offenbar jeder, der dieses Ritual zu unterlassen wagte, sofort in Verdacht zu geraten drohte, auf die eine oder andere verquere Art und Weise als verwerflich zu gelten – allein dem klaren Äussern seiner persönlichen Überzeugung wegen.

Meinungsfreiheit als Vorwand

In der Zwischenzeit ist die Situation noch unübersichtlicher geworden, weil sogar schon beobachtet werden kann, wie das Äussern der beschriebenen «Eingangs-Puffer» zum Anlass genommen wird, um dem Urheber derselben flugs vorzuwerfen, diese doch nur *vorzuschieben*, um dergestalt kaschierte Ressentiments zu verbreiten. Was die Sache zusätzlich verkompliziert: Für ein bestimmtes Quorum der Äusserungen ist dieser Vorwurf tatsächlich zutreffend; man denke etwa an die sattsam bekannten Voten aus Internet-Foren, die mit «Ich habe ja nichts gegen Ausländer, aber ...» beginnen, deren Fortsetzung dann aber dem Tagebuch eines Gauleiters aus den 1930er Jahren entstammen könnten.

In diesem Zusammenhang veröffentlichte Sylvia Sasse von der Universität Zürich einen spannenden Beitrag⁹, in welchem sie gerade Medien wie der «Weltwoche» vorwirft, sich «dem Kampf gegen Political Correctness [PC] verschrieben» zu haben, wobei sie dies lediglich als Ausdruck einer verwerflichen Strategie wertet: «Der Kampf gegen PC soll die eigene Praxis der Verunglimpfung als «Meinungsfreiheit» legitimieren.» Sasse kommt zum Schluss, zur Überhöhung der eigenen Verlautbarungen als purem

Ausdruck von Freiheit, wagemutigem Kampf und Meinungsstärke gehöre auch, «dass sexistische oder ausländerfeindliche Bemerkungen im Sinne der Freiheit, ja geradezu als Äusserung von Freiheit zulässig sein sollen.»

Auch losgelöst von einer konkreten Validierung spezifischer Printmedien trifft Sasse hier mit Sicherheit einen wunden Punkt: Die Inanspruchnahme von Meinungsfreiheit respektive das Lamentieren über die Unterdrückung derselben wird auch immer wieder von Akteuren vorgeschoben, die in der Tat radikales Gedankengut verbreiten wollen. Aktuelle Beispiele hierfür sind Äusserungen von AfD-Exponenten. Aber auch ein Blick etwa in die österreichische Politik nährt den Verdacht, dass sich mancherorts echte Radikale gegen aussen viel moderater geben, als sie in Wahrheit denken, und sich nach verräterischen rhetorischen Aussetzern als vermeintliche Opfer einer übertriebenen Political Correctness darzustellen versuchen.

Auf schmalem Grat

Der Grat zwischen dem berechtigten Unterbinden demagogischer Töne und einem aus dem Ruder gelaufenen Normierungswahn innerhalb des als akzeptabel geltenden Meinungsspektrums bleibt daher zwangsläufig ein schmaler, zumal sich Vertreter jedwe-



cher weltanschaulicher Couleur je nach Kontext und Mehrheitsverhältnis gegenseitig exakt dasselbe vorwerfen: Populistisch, ideologisiert und unterdrückerisch ist immer nur der andere.

Und doch bleibt die Frage bestehen, wer denn eigentlich noch offen und ehrlich zu sagen wagt, was er oder sie wirklich denkt – ohne durch das vorauselende Eliminieren aller nur halbwegs der Kontroverse verdächtigen Formulierungen sein Statement bis zur Unkenntlichkeit abzuschleifen.

Die Frage ist, wer noch offen und ehrlich sagt, was er oder sie wirklich denkt – ohne durch das vorauselende Eliminieren aller der Kontroverse verdächtigen Formulierungen sein Statement bis zur Unkenntlichkeit abzuschleifen.

Sehnsucht nach Klartext mit Qualität

Ich gestehe: Vor nicht allzu langer Zeit ertappte ich mich, in einem grösseren Gremium sitzend, dabei, wie ich mich insgeheim danach sehnte, jemand aus der Runde möge doch bitteschön endlich den unübersehbaren Elefanten im Raum benennen und – eine nachfolgende stringente Argumentation vorausgesetzt! – jenen Gesprächsgegenstand als vollkommenen Mumpitz bezeichnen, den er oder sie in Wahrheit als vollkommenen Mumpitz empfindet. Und zwar ohne die zum Usus gewordene prophylaktische Appeasement-Ouvertüre! Ob ich mich dafür hätte schämen sollen?

Es sei noch einmal ganz klar hervorgehoben: Inhaltsleeres Geblaffe und sinnfreie Haudrauf-Rhetorik sind selbstredend abzulehnen. Dem britischen Historiker Timothy Garton Ash ist zuzustimmen, wenn er sagt: «Eine fundamentalistische Redefreiheit ohne Grenzen gibt es kaum. Und wer das fordert, ist ein Idiot.»¹⁰

Allerdings ist es ebenfalls konsequent abzulehnen, aus diffusen weltanschaulichen Hüftschüssen oder purer

Voreingenommenheit heraus sämtliche Argumentationen, welche zu anderen Schlüssen als den eigenen gelangen, von vornehmerein abzublocken oder gar verbieten zu wollen. Das ist die Lehre der Aufklärung: Die sachliche Beweisführung soll für die Meinungsbildung ausschlaggebend sein, und zwar unabhängig von der Urheberschaft des jeweiligen Arguments.

Übertrieben puritanische Debatten dagegen verstellen den Blick auf das, was ist. «Spiegel»-Kolumnist Jan Fleischhauer ist die erhellende Erkenntnis zu verdanken, dass derjenige, der sich für moralisch überlegen hält, es in der Regel genau dadurch nicht sein kann. Und doch scheint Franz Werfels Verdikt über unsere Spezies, wonach neben dem Geschlechtstrieb kein Bedürfnis das Handeln des Menschen so sehr bestimme wie die Sehnsucht nach moralischer Überlegenheit, nichts an Relevanz eingebüsst zu haben.

Der reformerische Illiberalismus

Was aber haben derlei Ausführungen denn nun in der Zeitschrift des Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselland verloren? Der Zusammenhang sei an dieser Stelle konkretisiert: Gerade uns Exponenten des LVB, die wir, so wir es für geboten halten, immer wieder auch unbequeme, umstrittene, dem Mainstream widersprechende Meinungen vertreten, schlägt als Folge dessen regelmässig von verschiedener Seite zumindest ein Quäntchen dessen entgegen, was Peter Sloterdijk als

Auch hinsichtlich bildungspolitischer, pädagogischer und didaktischer Fragen gibt es zunehmend enger abgesteckte Felder dessen, was vom «Expertenkreis» im Diskurs noch als zulässig empfunden wird.

«Abweichungshass» bezeichnet. Auch hinsichtlich bildungspolitischer, pädagogischer und didaktischer Fragen, so meine These, gibt es zunehmend enger abgesteckte Felder dessen, was

vom undurchsichtig gekürten Expertenkreis im Diskurs noch als zulässig empfunden wird, wogegen sich davon abhebende Positionsbezüge bisweilen geradezu irrational bekämpft werden.

Es entspricht meiner Wahrnehmung, dass gegenwärtig sowohl in der Bildungspolitik als auch in der Erziehungswissenschaft eine Art «reformerischer Illiberalismus» grasiert. Roland Reichenbach von der Universität Zürich prägte hierfür den Begriff der «Neo-Manie»: «Es ist bedenklich, wenn die Schule der Innovationsrhetorik auf den Leim geht. [...] Es gibt auch in der Schule eine «Neo-Manie», die abzulehnen ist.»¹¹

Überall existieren unterschiedlichste Formen des ideologischen Illiberalismus, und überall sind sie falsch.

Ich stimme Reichenbach ausdrücklich zu: Es darf nicht sein, dass das, was sich als «neu» ausgibt, von vornehmerein zwangsläufig besser zu sein hat als das Bestehende – ohne dafür auch nur halbwegs einen Nachweis erbringen zu müssen. Gleichermaßen inakzeptabel ist es, wenn reflexartig als antiquiert abqualifiziert wird, wer die Überlegenheit des «Neuen» nur schon in Zweifel zieht.

Überall existieren unterschiedlichste Formen des ideologischen Illiberalismus, und überall sind sie falsch. Ganz egal, ob es sich um die unbändige Markt- und Wachstumsobsession der sogenannten Wirtschaftsliberalen, den sozialdarwinistisch geprägten Kampf der amerikanischen Rechten gegen eine obligatorische Krankenversicherung¹² oder das Schlechtdreden bewährter Unterrichtspraxis seitens der Bildungsavantgarde handelt.

Hierzu ein Thema, das mir in den unterschiedlichsten Schattierungen immer und immer wieder begegnet: Das regelmässige, intensive und variantenreiche Üben hat in den vergangenen 20 Jahren massiv an didaktischem Prestige verloren – obwohl es, erst

recht hinsichtlich Sprache und Mathe-matik, ein unverzichtbarer Bestandteil erfolg-reichen Lernens ist. Dennoch wurde und wird «Üben» gerne mit dem militaristisch negativ konnotier-ten «Drill» gleichgesetzt – als überholtes Gegenstück zur strahlend schönen neuen Methodik, die quirlig, dyna-misch und farbenfroh von einem Lern-gegenstand zum anderen mäandert, wobei sie den Tatbeweis der Nachhal-tigkeit weiterhin schuldig bleibt.

Das Urteil des Lernpsychologen Ger-hard Steiner fällt deutlich aus: «Die Konsolidierung wird im Unterricht sträflich vernachlässigt [...], sodass vieles, was [...] «durchgenommen» worden ist, nie zu einem verfügbaren Wis-sen und Können [...] werden kann.»¹³ Nichtsdestotrotz sind die Rollen klar verteilt: Wer in seinem Unterricht wei-

«Die Konsolidierung wird im Unterricht sträflich vernachlässigt, sodass vieles, was «durchgenommen» worden ist, nie zu einem verfügbaren Wissen und Können werden kann.» Gerhard Steiner

terhin viel Zeit auch für geführtes Üben investiert, dürfte kaum zum en-geren Favoritenkreis der diversen Schulpreise zählen, die in den letzten Jahren aus der Taufe gehoben worden sind.

Hochschulen mit Corporate Identity?

Ein Unwohlsein verursacht in diesem Kontext auch die Praxis mancher Hochschulen, sich zunehmend wie Unternehmen zu gebärden, die von all ihren Mitarbeitenden erwarten bezie-hungsweise verlangen, eine Art *Corpor ate Identity* zu vertreten und zu ver-teidigen. Wessen Vorlesungsaus-schreibung inhaltlich nicht mit den Leitlinien der Hochschulleitung kon-form geht, läuft Gefahr, alsbald nicht mehr ins Konzept zu passen. Dabei müssten doch gerade Hochschulen – und zwar alle! – der permanente Inbe-griff der argumentativen Auseinan-dersetzung sein!

Als Folge dieser unheilvollen Entwick-lung sind es bei bildungspolitischen Themen in der Regel – bei allem Res-pekt – «ältere Herren» respektive emeritierte Professoren wie Allan Guggenbühl, Carl Bossard, Rudolf Künzli, Remo Largo, Gerhard Steiner oder Walter Herzog, die öffentlich Kri-tik an Reformprojekten üben. Sie alle haben ihre akademische Karriere be-reits hinter sich und daher in diesem Sinne nichts mehr zu verlieren.

Unglücklicherweise entsteht dadurch der Eindruck, es seien eben nur die «Alten» und «Antiquierten», welche sich an neuen Paradigmen reiben wür-den. Dem ist jedoch nicht so. Nur äus-sern jüngere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ihre Bedenken tendenziell im privaten Rahmen, da sie ihre Chancen auf eine noch im Aufbau befindliche Laufbahn nicht ab-rupt geschmälert sehen möchten.

Kritisches Hinterfragen unerwünscht

Ein schlagendes Beispiel für den refor-merischen Illiberalismus war die *Art der Einführung* der Integrativen Schu-lung. Dass verschiedene plausible Gründe dafür bestanden, deren ge-plante Ausgestaltung zumindest auch skeptisch einschätzen zu können, ist, nüchtern betrachtet, nicht von der Hand zu weisen.

Was ferner in diesem Kontext ohnehin gerne verdrängt wird: Der Umstand, dass die Kantone seit 2008 die voll-ständige Verantwortung für die Be-schulung von Kindern und Jugendlichen mit besonderem Bildungsbedarf tragen, ist die Folge davon, dass sich die Invalidenversicherung im Rahmen des neuen Finanzausgleichs aus der Finanzierung und Regelung sonderpä-dagogischer Massnahmen zurückge-zogen hat. Die ganze Umstrukturie-rung war darum keineswegs aus-schliesslich pädagogisch, sondern explizit auch finanzpolitisch motiviert.

Laien wie Lehrkräfte fragten sich, in-wieweit ein lediglich während weniger Wochenlektionen aufrechterhal-tenes Spezialsetting für Kinder und Jugendliche mit besonderen Bedürf-

nissen eine rundum auf ebendiese Schülerinnen und Schüler abgestimmte, konstante Intensivbetreuung und -förderung aufwiegen oder gar ver-bessern können sollte.¹⁴ In Kantonen, welche, anders als Basel-Landschaft, die Integrative Schulung kompromiss-los umsetzen, wurden Sondergefässe wie Einführungs- und Kleinklassen pauschal als «integrationsfeindlich» abgetan und flächendeckend abge-schafft.¹⁵ Allfällige Erfolgsbilanzen oder nur schon positive Faktoren sol-cher Modelle blendeten die Taktgeber aus.

Viele Lehrerinnen und Lehrer warfen jedoch nachvollziehbarerweise die Frage auf, wie sie eine nochmalige Ausweitung unterschiedlichster An-sprüche in ihren ohnehin sehr hetero-genen Klassen bewältigen sollten, ohne dadurch den ihnen anvertrauten Kindern nicht mehr gerecht werden zu können.¹⁶ Den grössten Eindruck auf mich persönlich während jener Debatte hinterliessen Schilderungen von Eltern behinderter Kinder, die sich an Podiumsdiskussionen vehement gegen eine schulische Integration ihres Sohnes oder ihrer Tochter in eine Regelklasse aussprachen, weil sie von der Passung des jeweils bestehenden Sondersettings überzeugt waren und ihr Kind bestens aufgehoben wussten.

Der Evidenz derartiger diskutabler As-pekte zum Trotz musste vor rund zehn Jahren über ein dickes Fell verfügen, wer sich in diesem Sinne zu äussern wagte. Dem LVB wurden, weit über die Kantongrenzen hinaus, diverse Fälle zugetragen, in denen Lehrperso-nen, die sich nicht einfach vorbehalt-los hinter das neue Konzept stellen mochten, wahlweise als rückständig, vorurteilsbehaftet oder ausgebrannt etikettiert wurden. Anderen wurde zu verstehen gegeben, dass es ihnen an geistiger Beweglichkeit oder gar am pädagogisch richtigen Menschenbild mangle. Dritten legte man die vorzei-tige Pensionierung nahe.

Gleichsetzungsdelirien

Was folglich in solchen Situationen immer häufiger zu spielen beginnt, ist ein Muster, für welches der deutsche

Autor Rüdiger Safranski den Begriff «Gleichsetzungsdelirium» geprägt hat: Aus einem kritisch denkenden Zeitgenossen wird – ob wissentlich oder fahrlässig – ein reaktionärer Unmensch gemacht.

Gleichsetzungsdelirium: Aus einem kritisch denkenden Zeitgenossen wird – ob wissentlich oder fahrlässig – ein reaktionärer Unmensch gemacht.

Um den Bogen zur Integrativen Schulung zurückzuschlagen: Wer diese Konzeption in Frage stellte, konnte unter Verdacht geraten, Behinderten deren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben vorenthalten zu wollen oder – noch bedrückender – gar generell etwa gegen Behinderte zu haben. Das Gleichsetzungsdelirium lautete also: Wer die geplante Ausgestaltung der Integrativen Schulung ablehnt, unterdrückt die Rechte behinderter Kinder. Die Botschaft eines derartigen Vorgehens ist so unmissverständlich wie perfid: Solche Personen sind nicht satifaktionsfähig, ihre Bedenken brauchen nicht ernst genommen zu werden. Faktisch werden sie vom Diskurs ausgeschlossen. Mit Verlaub: So funktionieren totalitäre, aber doch nicht demokratische Systeme!

Eine aus meiner Sicht vernünftige Herangehensweise müsste darin bestehen, in jedem einzelnen Fall situativ und pragmatisch zu entscheiden, ob respektive in welchem Mass integrative oder eben separate Unterrichtsformen zielführend und erfolgversprechend scheinen, und zwar im Hinblick auf den Lernerfolg und das Wohlergehen aller Involvierten. Es gibt beeindruckende Beispiele gelungener integrativer Modelle genauso wie Mahnmale gescheiterter Bemühungen, die Gutes gewollt, stattdessen aber Leid erzeugt und verbrannte Erde hinterlassen haben. Wenn beispielsweise drei sogenannt «extrem verhaltensauffällige» Schüler jahrelang ihre 18 Klassenkameradinnen und -kameraden daran hindern, im

Unterricht in einer ruhigen und konzentrierten Atmosphäre etwas erarbeiten und lernen zu können, reicht es definitiv nicht aus, mit einer gewissen Selbstgerechtigkeit und erhobenem Zeigefinger auf das Label «Integration» zu verweisen.

Ein paar weitere Beispiele abstruser Gleichsetzungsdelirien gefällig?

- Wer mit Blick nach Amerika, Frankreich oder Deutschland ob der Hinwendung zur Kompetenzorientierung hierzulande nicht in Begeisterungstürme ausbricht, muss deshalb nicht insgeheim das Ziel verfolgen, «inkompetente» Schülerinnen und Schüler hervorzubringen.
- Wer die Sinnhaftigkeit identischer Stundentafeln für alle Leistungsniveaus der Sekundarstufe anzweifelt, muss nicht zwingend diskriminierende Fantasien den leistungsschwächeren Schülerinnen und Schülern gegenüber hegen.
- Wer die Wirksamkeit der sogenannten «Didaktik der Mehrsprachigkeit» oder des Systems «3/5» (erste Fremdsprache ab der 3. Klasse, zweite Fremdsprache ab der 5. Klasse) in Abrede stellt, ist deswegen nicht automatisch ein Feind des Erlernens mehrerer Sprachen.
- Wer die Vorverlegung des Schuleintrittsalters hinterfragt, muss aufgrund dessen nicht zwangsläufig die Verdrängung der Mütter aus dem Erwerbsleben anstreben.
- Und ganz allgemein: Wer nicht aufgrund jeder pädagogischen Modernerscheinung in einen Zustand ungezügelter Euphorie verfällt, muss sich trotzdem nicht einen Unterricht à la «Feuerzangenbowle» zurückwünschen.

Kontroverse statt Zermürbung!

Nun mag womöglich der gestandene Diskutant oder die erprobte Podiumsteilnehmerin die englische Sentez einwenden: *If you can't stand the heat, get out of the kitchen.* Meine Kritik zielt aber eben keineswegs pauschal auf griffige, pointierte Voten ab, sondern darauf, wenn einer echten inhaltlichen Auseinandersetzung von vorneherein ausgewichen wird, indem

der Schauplatz auf eine vermeintliche Ebene der Moral gehoben oder die Begründungen des Gegenübers gar nicht erst einer redlichen Überprüfung unterzogen werden.

Solcherlei wirkt sich ungeheuer zerstörend auf all jene aus, welche sich um ihr berechtigtes Bedürfnis nach einem argumentativen Gefecht betrogen sehen. Ein Mitglied eines kantonalen Parlaments (*nicht* des Baselbieter Landrats) schrieb mir letztes Jahr: «Meine Zeit in der Bildungspolitik läuft ab. Nie geht es um Argumente, weder im Parlament noch auf Podien wurden meine Anliegen jemals ernsthaft diskutiert. Wie oft wurde ich von oben herab lächerlich gemacht und persönlich angefeindet aufgrund meiner kritischen Voten und Nachfragen! Nur argumentiert wird nicht.»

Derlei Zermürbungstaktiken sind verheerend für die Demokratie. Der frühere Münchener Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) hat im vergangenen Sommer eine bemerkenswerte Streitschrift¹⁷ publiziert, in welcher er – themenübergreifend – ebensolche Vorgänge geisselt. Im Interview mit der «Münchner Tageszeitung»¹⁸ rief Ude zur Wiederbelebung des kontroversen politischen Diskurses auf und benannte verschiedene Formen «modischen Fehlverhaltens», denen zu Leibe zu rücken es gelte: masslose Versprechungen, behauptete Alternativlosigkeiten, fehlender Realismus, Schwarzweiss-Malerei, Selbstüberhöhung bei gleichzeitiger Dämonisierung der Gegenseite.

Was Christian Ude im Grossen fordert, das verlangt der LVB als Institution seit Jahr und Tag im (vergleichsweise) Klei-

Wir sind entschieden dagegen, wenn die Adjektive «konstruktiv» und «konformistisch» synonym ausgelegt werden.

nen, nämlich im Bereich unseres Kerngeschäfts: der Bildungspolitik, der Pädagogik und der Didaktik. Wir sind

entschieden dagegen, wenn die Adjektive «konstruktiv» und «konformistisch» synonym ausgelegt werden, wobei unser Hang zum Nonkonformismus keineswegs reiner Selbstzweck ist: Wir argumentieren nicht aus Prinzip für oder gegen etwas, sondern erachten es als wichtig, insbesondere dort, wo eine breite Trägerschaft den Nimbus des einzig Wahren und Guten vermittelt, noch genauer hinzuschauen, nachzudenken und Fragen zu stellen. Oder um mit dem Soziologen Harald Welzer zu sprechen: In uns verankert ist «die tiefe Überzeugung, dass immer alles auch anders sein könnte. [...] Die Wirklichkeit ist nicht hermetisch, sondern porös.»¹⁹

«Die Wirklichkeit ist nicht hermetisch, sondern porös.»
Harald Welzer

Fallbeispiel Gesinnungsvalidierung

Hierzu nur ein Beispiel unter vielen: Als im Sommer 2013 die erste Version des Lehrplans 21 in die Vernehmlassung ging, hat sich der LVB mit grossem Aufwand durch das ausladende Werk gekämpft und bereits in seiner ersten Stellungnahme²⁰ mit deutlichen Worten eine Vielzahl jener Kritikpunkte herausgearbeitet, die bis heute in verschiedenen Kantonen lehrplanspezifische Abstimmungsdebatten und Umsetzungsarbeiten prägen.

Einer der genannten Kritikpunkte traf das im Lehrplan angelegte Vorha-

ben, die persönliche Lebensführung respektive die Geisteshaltungen der Schülerinnen und Schüler schulisch validieren zu wollen. Solcherlei fragwürdige Ansinnen hat der LVB von Anfang an entschieden abgelehnt. Auch in einem später erschienenen Beitrag in der NZZ habe ich mich im gleichen Sinne geäussert.²¹

Umso negativer erstaunt nahmen wir im Februar 2016 zur Kenntnis, dass an einem Berner Hearing mit Lehrpersonen zur neuen Schülerbeurteilung gemäss Lehrplan 21 frisch erarbeitete Formulare vorgestellt wurden, auf welchen 20 soziale und personale Kompetenzen – jeweils auf einer Skala von 1 bis 10 – beurteilt werden sollten. Darunter befanden sich Elemente wie «SchülerInnen können Menschen in ihren Gemeinsamkeiten und Differenzen wahrnehmen und verstehen, können respektvoll mit Menschen umgehen, die unterschiedliche Lernvoraussetzungen mitbringen oder sich in Geschlecht, Hautfarbe, sozialer Herkunft, Religion oder Lebensform unterscheiden.»²²

Noch erstaunlicher: Die anwesenden 250 Personen winkten das Ganze mehr oder minder widerspruchsfrei durch. Hätte sich nicht ein einzelner, kritisch gesinnter Teilnehmer – übrigens ein junger Lehrer – im Anschluss an die Veranstaltung an den Bündner Schulblogger Urs Kalberer²³ gewandt und hätte sich aus dessen entsprechendem Post wiederum nicht ein missbilligender Artikel im «Bund» ergeben, auf welchen der Berner Bil-

dungsdirektor mit einem zeitnahen Rückzug der beanstandeten Planung einging, so wäre die Anmassung der Volksschule zur Gesinnungsvalidierung von Schülerinnen und Schülern wohl tatsächlich Realität geworden – und das in der Schweiz des 21. Jahrhunderts!

Und die Moral von der Geschicht? Ein Berner «Expertenteam» hatte zuvor ein Jahr lang an den besagten Beurteilungsformularen gearbeitet; ohne offenbar zu realisieren, was es damit in Gang zu setzen imstande war. Und falls doch, würde das die Angelegenheit alles andere als besser machen.

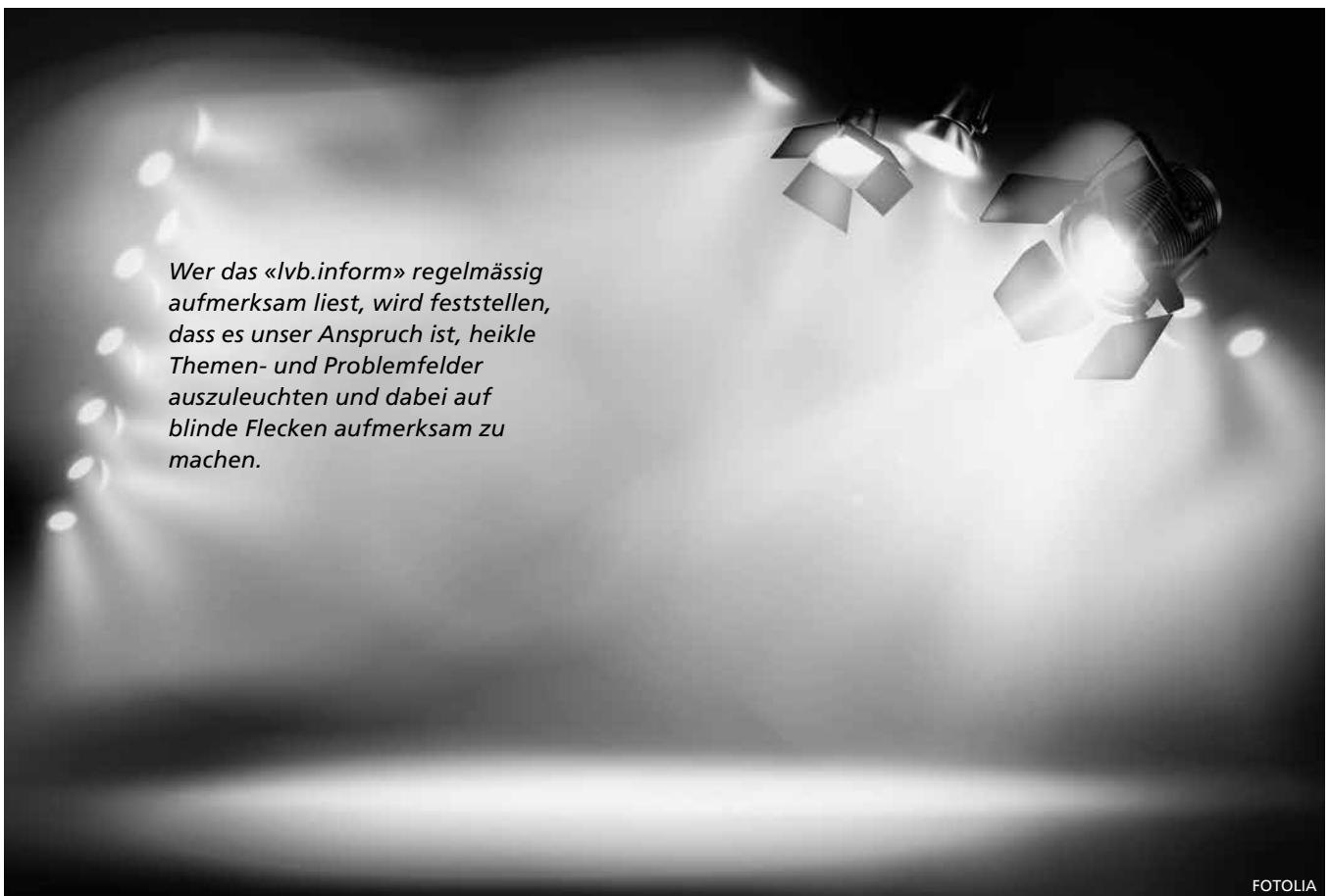
Expertendämmerung und die Rolle der Medien

Allein dieses Beispiel zeigt auf, weshalb der Wunsch des früheren EDK-Generalsekretärs Hans Ambühl nach «mehr Vertrauen in Experten»²⁴ notwendigerweise unerfüllt bleiben muss, zumal dasselbe Medienhaus, welches das Interview mit Ambühl geführt hatte, ausgerechnet den Ökonomen Stefan Wolter – und nicht etwa eine Person mit schulischem Praxisbezug – zum «obersten Schweizer Bildungsexperten»²⁵ kürte.

Eine vertiefte Analyse der Rolle der Medien im bildungspolitischen Diskurs wäre ohnehin einmal lohnenswert. So führten in meiner Wahrnehmung zugesetzte Schlagzeilen dazu, dass in Zürcher Medien alle Kritiker des Lehrplans 21 kurzerhand mit dem obskuren Verein zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis

Um ein Haar wäre die Anmassung der Volksschule zur Gesinnungsvalidierung von Schülern Realität geworden – und das in der Schweiz des 21. Jahrhunderts!





FOTOLIA

Wer das «lrb.inform» regelmässig aufmerksam liest, wird feststellen, dass es unser Anspruch ist, heikle Themen- und Problemfelder auszuleuchten und dabei auf blinde Flecken aufmerksam zu machen.

(VPM) in einen Topf geworfen wurden. Dank der Gnade meiner späten Geburt hatte ich zuerst einmal googeln müssen, was dieser VPM überhaupt einmal gewesen war ...

Dabei finden sich etwa in der lesenswerten Broschüre «Einspruch!» diverse plausible Lehrplan-21-kritische Beiträge von Philosophen wie Anton Hügli und Eduard Käser, Politikerinnen respektive Politologinnen wie Anita Fetz und Regula Stämpfli oder Erziehungswissenschaftlern wie Roland Reichenbach und Walter Herzog. Mit Sektiererei hat dies nun wahrlich nichts gemein.

Ähnlich verhielt es sich vor der Zürcher Abstimmung über die allfällige Reduktion auf nurmehr eine Fremdsprache auf der Primarstufe im Mai 2018: Medial wurde zeitweise der Eindruck erweckt, die Initianten seien gegen das Fremdsprachenlernen an sich – wiederum ein klassisches «Gleichsetzungsdelirium» gemäss Safranskis Di-

agnostik. Dass sie vielmehr für ihre alternative Überzeugung eines gewinnbringenderen Modells durch eine *Umverteilung* der Lektionen eintraten, ging dabei – willentlich oder unbewusst – zumindest teilweise unter. Solcherlei ist leider weder einer echten politischen Debatte noch der Funktion der kritischen vierten Gewalt im Staate würdig.

Ein Schelm, wer dadurch auf die Idee käme, die Berichterstattung stünde zunehmend im Einklang mit den Positionen jener Bildungsinstitutionen, die es sich leisten können, regelmäßig ganze «Bildungsseiten» in den entsprechenden Printmedien zu schalten. Oder ist das Ganze doch eher den aus finanziellen Gründen zunehmend ausgedünnten Redaktionen geschuldet?

Das Selbstverständnis des LVB

Umso wichtiger ist es folglich, dass es Institutionen und Personen gibt, die es sich geradewegs zur Aufgabe machen, sämtliche Projekte, Theorien

und Thesen einer exakten kritischen Prüfung zu unterziehen. Das entspricht sehr genau unserem Selbstverständnis beim LVB.

Wer das «lrb.inform» regelmässig aufmerksam liest, wird feststellen, dass es unser Anspruch ist, heikle Themen- und Problemfelder auszuleuchten und dabei auf blinde Flecken aufmerksam zu machen respektive nicht überzeugende Argumentationen zu dekonstruieren. Wir versuchen proaktiv jene Debatten anzustossen, die wir für notwendig halten. Dadurch, um Simon

Wir versuchen proaktiv jene Debatten anzustossen, die wir für notwendig halten.

Urbans Terminologie noch einmal aufzugreifen, kommen selbstverständlich immer wieder Inhalte zur Sprache, die wahlweise «zugespitzt, schwarzhumorig oder provokant sind, dem Zeit-

geist widersprechen, den Mainstream konterkarieren oder einer vordergründigen Moral nicht gehorchen wollen.» Unbedingt!

Kein Anspruch auf Allgemeingültigkeit

Dabei ist uns sehr wohl bewusst, dass auch unsere Wahrheiten nicht den Anspruch auf Allgemeingültigkeit zu erheben haben. Betrachten wir hierfür exemplarisch die Lehrplan-21-Debatte: Während einige Interessierte vor allem beklagen, dass es nach wie vor Lehrerinnen und Lehrer gebe, die in ihrem Unterricht ausschliesslich dozierten und bei ihren Schülerinnen und Schülern nichts anderes auslösten als bulimische Lernprozesse ohne Langzeiteffekt, befürchten andere vorrangig die Übernahme des Bildungssystems durch private Firmen und/oder die Ablösung des humanistischen Bildungsideals durch eine utilitaristische Passung an ökonomische Bedürfnisse. Je nach Perspektive und persönlicher Betroffenheit dürfte das Urteil über gewisse Stossrichtungen des Lehrplans 21 sodann ganz unterschiedlich ausfallen.

Deswegen ist in zweifachem Sinne Sorgfalt geboten: Sorgfalt hinsichtlich der Qualität der eigenen Argumentation, Sorgfalt aber auch in Bezug auf

Es ist in zweifachem Sinne Sorgfalt geboten: Sorgfalt hinsichtlich der Qualität der eigenen Argumentation, Sorgfalt aber auch in Bezug auf den Umgang mit den Positionen der Andersdenkenden.

den Umgang mit den Positionen der Andersdenkenden. Wir sind daher stets darum bemüht, uns in konträre Perspektiven hineinzudenken und damit unsere eigenen Begründungen auf deren Stabilität hin zu überprüfen. Sollte uns dies im Einzelfall Ihrer Meinung nach nicht gelingen, dann steckt kein böser Wille dahinter. Letztlich kann niemand, auch nicht die LVB-Geschäftsleitung, redlich gegen seine eigenen Überzeugungen argumentie-

ren – und sollte dies auch nicht tun müssen. Wenn Sie, geschätzte Mitglieder, aber der Ansicht sind, wir würden mit einer spezifischen Publikation den eigenen Ansprüchen nicht gerecht oder über das Ziel hinausschiessen, dann teilen Sie uns dies bitte umgehend mit! Einem Austausch haben wir uns noch nie verweigert.

Die Rubrik «LVB-Forum» haben wir eigens dafür geschaffen, auch Kritik und divergierenden Sichtweisen Raum zu geben. Teilweise rufen wir sogar explizit dazu auf, uns kontradiktionsche Stellungnahmen zukommen zu lassen, so etwa in mehreren Passepartout-kritischen Artikeln.²⁶ Ebenfalls willkommen sind Gastbeiträge mit gegensätzlichen Stossrichtungen; bei Gelegenheit bieten wir einer geeigneten Autorenschaft gerade von uns aus eine *Carte blanche* an.²⁷ Von zentraler Bedeutung ist für uns außerdem die Praxis, die Mehrheitsverhältnisse innerhalb der LVB-Basis zu den unterschiedlichsten Themen immer wieder durch Online-Befragungen zu erwähnen (wer allerdings nicht Mitglied ist, dessen Meinung wird logischerweise auch nicht erfasst). Nur so ist gewährleistet, dass wir eine brauchbare Interessenvertretung sicherstellen können.

Was klar ist und bleibt: Wir vom LVB wollen, müssen, werden auch in Zukunft nach bestem Wissen und Gewissen unsere Einschätzungen zu allen bildungspolitischen, pädagogischen und didaktischen Aspekten erarbeiten und publizieren. Nach wie vor werden positiv besetzte Begriffe allein nicht ausreichen, um uns von etwas zu überzeugen. Denn immer liegt der Teufel im Detail und entscheidet sich das Schicksal einer Idee in deren konkreter Umsetzung.

Immer liegt der Teufel im Detail und entscheidet sich das Schicksal einer Idee in deren konkreter Umsetzung.

Pawlow und das Marketing

Wiederum Peter Sloterdijk ist es zu verdanken, die Problematik der posi-

tiv besetzten Marketingvokabeln im politischen Prozess – Jochen Krautz spricht in diesem Kontext von «Containerbegriffen», in die jedermann hineininterpretiert, was er selbst darunter verstanden haben will²⁸ – reflektiert zu haben. So ist Sloterdijk davon überzeugt, dass der sowjetische Psychologe Pawlow – berühmt-berüchtigt geworden durch die psycho-physischen Mechanismen des Pawlowschen Hundes – die Evolution der Debattenkultur mit grossem Interesse betrachtet hätte und sich darob in seiner reflexologischen Grundansicht bestätigt fühlen würde, da einzelne «semantische Stimuli» dafür ausreichten, den «Saft» (in Analogie zum einsetzenden Speichelfluss des Tieres trotz ausbleibenden Futters) «sofort einschiessen» zu lassen.²⁹

Betrachten wir die bildungspolitischen Schlagwörter der letzten Jahre: Kompetenz. Integration. Frühförderung. Individualisierung. Allesamt perfekt modellierte Termini (oder eben «semantische Stimuli»), gegen die im Prinzip niemand etwas einzubinden hat. Entscheidend ist dann aber, was genau darunter verstanden respektive daraus abgeleitet und gemacht wird.

Wie sehr mittlerweile die Bildungspolitik Marketingstrategien unterworfen ist, lässt sich anhand des umstrittenen interkantonalen Fremdsprachenprojekts «Passepartout» trefflich darstellen: Die digitale Zürcher All-round-Marketing-Agentur «NEMUK» und die Basler Textagentur «wortgewandt» wurden mit der staatlichen Projektwebsite www.passepartoutsprachen.ch betraut. Dadurch finanziert der Steuerzahler nicht nur das teure Unterfangen an sich, sondern – gemäss meinem Wissensstand hierzu lande ein Novum – auch noch dessen Bewerbung und Lobpreisung durch private Agenturen: «Fremdsprachenunterricht aus einem Guss» / «Erfolg dank Kohärenz» / «Für mehr Erfolg im Fremdsprachenunterricht».

Soll dieses Beispiel Schule machen? Muss künftig für jedes neue Lehrmittel mit einem durch den Staat alimen-



Auch die Bildungspolitik ist kein Schicksal, das man einfach über sich ergehen lassen muss. Autoritäten und «Experten» liegen nachweislich oft falsch.

tiernten Marketingkonzept gerechnet werden? Und falls ja: Cui bono?

Muss künftig für jedes neue Lehrmittel mit einem durch den Staat alimentierten Marketingkonzept gerechnet werden? Und falls ja: Cui bono?

«The fault, dear Brutus, is not in our stars»³⁰

Im ersten Akt von Shakespeares «Julius Caesar» versucht Cassius seinen hin- und hergerissenen Freund Brutus davon zu überzeugen, dass es im Interesse der Allgemeinheit sei, Caesar davon abzuhalten, sich zum Imperator aufzuschwingen. Auch Caesar sei nur ein Mensch, weshalb kein Anlass dafür

bestehe, sich als sein Untertan zu seh- en. Und tue man dies doch, so trage man selbst allein die Schuld dafür, nicht etwa das Schicksal:

*The fault, dear Brutus, is not in our stars,
But in ourselves, that we are underlings.*

Nun taugt der zum Mord anstiftende Cassius wohl höchstens bedingt als Richtschnur der Lebensführung – ganz abgesehen davon, dass die Verschwörung gegen Caesar die Republik auch nicht zu retten vermochte. Aber der Kern seiner Aussage ist für uns alle von Bedeutung: Auch die Bildungspolitik ist kein Schicksal, das man einfach über sich ergehen lassen muss. Autoritäten und «Experten» liegen nachweislich

oft falsch. Umso mehr gehören sie hinterfragt und die Meinungsfreiheit in pädagogischen und didaktischen Be- langen ist mit Esprit und Herz zu ver- teidigen.

Es ist an uns, uns frei zu äussern und uns Gehör zu verschaffen. Wir brau- chen Lehrerinnen und Lehrer, welche dies kraft ihrer Berufs- und Lebenser- fahrung machen. Tun wir es nicht, so liegt der Fehler *«in ourselves»*.

Solange ich die Ehre habe, diesem Ver- band als Präsident vorstehen zu dürfen, wird sich der LVB niemals mit ei- ner Rolle als *«underling»* zufriedenge- ben. Für Ihre Unterstützung und kritische Begleitung danke ich Ihnen bestens.

- ¹ Erik Ebneter und Benedict Neff: «Die Historiker der Universitäten verweigern sich der Diskussion», Basler Zeitung, 14.01.2015
- ² Jochen Buchsteiner: «Politisch ganz korrekt», Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.01.2016
- ³ vgl. Jon Ronson: «In Shitgewittern – Wie wir uns das Leben zur Hölle machen», Tropen Verlag, 2016
- ⁴ <https://www.youtube.com/watch?v=iAr6LYC-xpE>
- ⁵ Andrea Köhler: Interview mit Jonathan Haidt, Neue Zürcher Zeitung, 01.07.2017
- ⁶ Simon Urban: «Ein Volk der Beleidigten», Die Zeit, 31.07.2016
- ⁷ Peter Sloterdijk: «Primitive Reflexe», Die Zeit, 09.03.2016
- ⁸ Simon Urban: «Ein Volk der Beleidigten», Die Zeit, 31.07.2016
- ⁹ Sylvia Sasse: «Die Verführbarkeit der Journalisten», www.geschichtedergegenwart.ch, 11.10.2017
- ¹⁰ Christof Münger: Interview mit Timothy Garton Ash, Tages-Anzeiger, 22.04.2017
- ¹¹ Lucien Scherrer: Interview mit Roland Reichenbach, Neue Zürcher Zeitung, 26.07.2014
- ¹² vgl. hierzu: Sacha Batthyany: «Streit seit 100 Jahren», Tages-Anzeiger, 26.07.2017
- ¹³ Gerhard Steiner: «Im Würgegriff des Lehrplans 21», lvb.inform 2015/16-02
- ¹⁴ vgl. hierzu auch: Roland Stark: «Integrativer Zwischenruf aus Basel-Stadt – Romantik statt Praxiserfahrung», lvb.inform 2016/17-02
- ¹⁵ Der Kanton Solothurn zieht nun übrigens nach: Ende März 2018 hat der Kantonsrat die Auflösung der letzten Einführungsklassen im Gesetz festgeschrieben. Interessanterweise auch hier – wie einst in Basel-Stadt – unter der Ägide eines liberalen Bildungsdirektors.
- ¹⁶ Übrigens: In einer 2017 durchgeführten Umfrage unter den LVB-Mitgliedern der Primarstufe gaben fast 80% der Teilnehmenden an, ihre Beanspruchung durch verhaltensauffällige und sehr lernschwache Kinder gehe auf Kosten der Förderung der Kinder ohne spezielle Bedürfnisse. Die umgehend ablehnende Reaktion der kantonalen Bildungsverwaltung auf dieses Votum lässt sich nachlesen im Artikel von Michael Weiss: «Handlungsbedarf trotz positiver Grundtendenz», lvb.inform 2016/17-04.
- ¹⁷ Christian Ude: «Die Alternative oder: Macht endlich Politik!», Knaus, 2017
- ¹⁸ <https://www.tz.de/muenchen/stadt/christian-ude-spricht-im-interview-ueber-sein-neues-buch-alternative-oder-macht-endlich-politik-8451325.html>
- ¹⁹ Harald Welzer: «Selbst denken. Eine Anleitung zum Widerstand», Fischer, 2013
- ²⁰ LVB-Geschäftsleitung: «Die Stellungnahme des LVB zum Lehrplan 21», lvb.inform 2013/14-02
- ²¹ Valerie Zaslawski: «Keine Noten für den Charakter», Neue Zürcher Zeitung, 10.03.2016
- ²² <http://schuleschweiz.blogspot.ch/2016/02/einbezug-der-lehrer-lapulver.html>
- ²³ <http://schuleschweiz.blogspot.ch/>
- ²⁴ Dennis Bühler: «Bildungs-Revolutionär tritt ab: Der Erfinder von «Harmos» geht in Pension», Aargauer Zeitung, 03.04.2017
- ²⁵ Niklaus Vontobel: «Auf die Schweiz rollt Umschulungswelle zu – doch das Bildungssystem taugt nicht», Schweiz am Wochenende, 07.10.2017
- ²⁶ vgl. hierzu: Roger von Wartburg: «Früh fremd? Honni soit qui mal y pense. Zur aktuellen Lage der Fremdsprachendebatte», lvb.inform 2013/14-04, oder Roger von Wartburg und Philipp Loretz: «Was uns an Passepartout nicht überzeugt: Eine Chronologie wachsender Zweifel», lvb.inform 2015/16-03.
- ²⁷ vgl. hierzu etwa: Reto Furter zu Passepartout im lvb.inform 2015/16-04 oder Urs Albrecht zur Schreibdidaktik im lvb.inform 2015/16-02.
- ²⁸ Jochen Krautz: «Ökonomismus in der Bildung: Menschenbilder, Reformstrategien, Akteure», in: «Gymnasium in Niedersachsen 1/13»
- ²⁹ Peter Sloterdijk: «Primitive Reflexe», Die Zeit, 09.03.2016
- ³⁰ Falls Sie diesen Gedanken lieber weniger literarisch verpackt veranschaulicht haben möchten, empfehle ich Ihnen alternativ die Lektüre des Kapitels «The Authority Bias – Warum Sie gegenüber Autoritäten respektlos sein sollten» aus dem Bestseller «Die Kunst des klaren Denkens» von Rolf Dobelli (Carl Hanser Verlag, 2011).